

„Zukünftige Herausforderungen für junge Menschen“ Konsultation über die Neuausrichtung der Jugendpolitik in Europa im Rahmen der Europäischen Jugendwoche 2008

Vor dem Hintergrund einer Neuausrichtung der Europäischen Jugendpolitik im kommenden Jahr bot die diesjährige Europäische Jugendwoche eine geeignete Plattform für junge Menschen in Deutschland, sich über ihre Wünsche und Erwartungen zu diesem Thema auszutauschen. Die Nationalagentur **JUGEND für Europa**, der **Deutsche Bundesjugendring (DBJR)** und **Eurodesk Deutschland** hatten in diesem Zusammenhang im Jugendbereich tätige Träger dazu aufgerufen, sich mit Projekten auf lokaler Ebene an diesem Konsultationsprozess zu beteiligen. In Form von Workshops, Seminaren, Ausstellungen, Diskussionen mit Politikern und bei zahlreichen Informationsveranstaltungen konnten auf diese Weise insgesamt **2000 Jugendliche** in **40 verschiedenen Projekten** zu ihren Ideen und Prioritäten im Bezug auf die Gestaltung einer zukünftigen europäischen Jugendpolitik befragt werden. Im Anschluss an die Europäische Jugendwoche waren zudem Vertreter aus allen beteiligten Projekten eingeladen, sich bei einem nationalen Auswertungstreffen untereinander auszutauschen und die Ergebnisse des bundesweiten Konsultationsprozesses nochmals zu diskutieren. Es waren hier nochmals **40 Teilnehmer** aus **20 Projekten** vertreten.

Die Europäische Jugendwoche findet zeitgleich in allen 27 EU-Mitgliedsländern statt und ist eine gemeinsame Initiative von EU-Kommission und Europäischem Parlament.

In Deutschland wird die Europäische Jugendwoche von JUGEND für Europa, der Deutschen Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION koordiniert.

Die Ergebnisse aus Deutschland

Die Auswertung der gesamten Konsultation ergab folgende Gewichtung¹:

„Was sollten deiner Meinung nach die Prioritäten der zukünftigen jugendpolitischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sein?“

1. **Formale und non-formale Bildung junger Menschen**
2. **Beschäftigung junger Menschen**
3. **Aktive Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft**
4. **Integration junger Menschen mit erhöhtem Förderbedarf**
5. Armut junger Menschen
6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Kulturelle Vielfalt
7. Umwelt und nachhaltige Entwicklung
8. Globalisierung / Diskriminierung
9. Mobilität / Gesundheit junger Menschen / Gewalt
10. Ökonomische Unabhängigkeit junger Menschen / Mehr Information und Transparenz

Die Bereiche **Bildung** und **Beschäftigung** lagen dabei numerisch mit weitem Abstand² vorn.

Die Beantwortung der beiden zentralen Kernfragen fiel weitestgehend übereinstimmend aus:

„Was sind die zentralen Herausforderungen, die die Jugendpolitik in den kommenden Jahren angehen sollte?“

- **Bildung**
- **Beteiligungsmöglichkeiten / Integration**
- **Beschäftigung**
- Armut / Mobilität / Umwelt / Mehr Information und Transparenz
- Diskriminierung / Gewalt
- Soziale Gerechtigkeit
- Kulturelle Vielfalt / Soziale Sicherheit
- Globalisierung / Chancengleichheit / Drogenmissbrauch
- Gesundheit / Sport / Thema „Jugend“ in anderen Politikfeldern

¹ Für die Auswertung lagen die Ergebnisse aus 38 (von den insgesamt 40 stattgefundenen) Projekten vor.

² In 27 von insgesamt 38 Projekten wurde das Thema **Bildung** als eine von bis zu vier wichtigsten Prioritäten angesehen. Für den Bereich **Beschäftigung** waren es 23.

„Welche dieser Herausforderungen haben eine besondere europäische Dimension und sollten eine Priorität für die zukünftige Jugendpolitik auf europäischer Ebene sein?“

- **Bildung**
- **Mobilität**
- **Mehr Information und Transparenz / Integration / Beschäftigung**
- Armut
- Kulturelle Vielfalt
- Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche / Beteiligungsmöglichkeiten / Umwelt
- Diskriminierung / Sport / Gesundheit / Förderung von Zivilcourage /
Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In diesem Zusammenhang wurde mehrfach deutlich, dass es für viele Jugendlichen leichter war, auf Missstände in ihrer direkten Umgebung hinzuweisen und sich mit möglichen Lösungen auf dieser Ebene auseinanderzusetzen, als dies in einem europäischen Kontext zu tun. So fiel die Beantwortung beider Fragen nahezu identisch aus, allein die Themen **Mobilität** und **Mehr Information und Transparenz** scheinen in den Augen der Befragten eine besonders europäische Dimension aufzuweisen.

Konkrete Forderungen in den genannten Bereichen

Im Folgenden sollen die von den Jugendlichen sowohl im Rahmen der Konsultation als auch bei dem nationalen Auswertungstreffen am häufigsten genannten und spezifizierten Vorschläge für aufgezeigte Problemstellungen in den einzelnen Bereichen erläutert werden.

Insgesamt wird eine **Verbesserung der Schul- und Ausbildungssysteme** in Europa von den Jugendlichen als Grundlage für Beschäftigung und soziale Sicherheit angesehen und sollte damit höchste Priorität haben. In diesem Zusammenhang wünschen sich die Befragten in erster Linie höhere finanzielle Investitionen in den Bildungssektor, die eine Reform und Modernisierung der nationalen Bildungssysteme ermöglichen. Darüber hinaus soll ein europaweites einheitliches Schul- und Ausbildungssystem mit gemeinsamen

Qualitätsstandards, vergleichbaren Lehrplänen und Abschlüssen geschaffen werden. Die Jugendlichen sprechen sich für mehr Transparenz und Information im Bezug auf bestehende Bildungsmöglichkeiten in den verschiedenen europäischen Ländern aus.

Gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Bildungseinrichtungen für alle, unabhängig vom sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund, sollen eine 'Bildungsgleichheit' in ganz Europa garantieren. **Bildungsbenachteiligte beziehungsweise bildungsschwächere Schüler** sollen durch eine frühzeitige und individuelle Förderung in den regulären Schul- und Ausbildungsbetrieb **integriert** werden. Förderprogramme sollen finanziell aufgestockt und insbesondere im Bereich Sprachförderung Verbesserungen erreicht werden. Diese sollte sich an alle und insbesondere an benachteiligte junge Menschen richten, damit eine einheitliche europaweite Kommunikation der Jugendlichen untereinander und unabhängig vom sozialen Hintergrund stattfinden kann. Englisch soll dazu europaweit als einheitliche erste Fremdsprache unterrichtet werden. Darüber hinaus sollte das Thema Interkulturalität an den Schulen stärker berücksichtigt werden, um Jugendliche über Länder in und außerhalb Europas zu informieren und Fremdenangst abzubauen.

Die Jugendlichen fordern den Ausbau des dualen Systems in Deutschland durch die Schaffung von mehr und qualitativ besseren Möglichkeiten der betrieblichen Ausbildung. Darüber hinaus wünschen sie sich eine größere Unterstützung und Hilfestellung sowohl bei der Berufsorientierung als auch bei der daran anschließenden Arbeitsplatzsuche.

Die Kommunikation zwischen Bildungseinrichtungen und Betrieben beziehungsweise anderen Arbeitgebern soll verstärkt werden. In dem Zusammenhang sollen auch Praktika aufgewertet und besser reguliert werden.

Im Bezug auf die **Beschäftigung junger Menschen** steht die europaweite Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unangefochten an Platz eins der geäußerten Forderungen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen soll sich dabei vor allem auch an geringer Qualifizierte richten. Arbeitsverhältnisse sollen stärker reguliert werden und Arbeitsbedingungen zumutbar sein. Dabei sollten Sicherheit und Flexibilität am Arbeitsplatz gleichermaßen gegeben sein. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingewiesen, die durch den verstärkten Einsatz von z.B. Teilzeitmodellen erleichtert werden soll. Darüber hinaus besteht der Wunsch nach europaweit gerechten Mindestlöhnen in Relation zu den Lebenskosten im jeweiligen Mitgliedsstaat.

Die Jugendlichen prangern ein allgemeines **Informationsdefizit** an. Sie wünschen sich mehr, jugendgerechtere (d.h. leichter verständlichere) und allen zugängliche Informationen über die Europäische Union, Jugendpolitik, sowie Mobilitäts- und Beteiligungsmöglichkeiten.

Um die **aktive Beteiligung** europäischer Jugendlicher zu fördern, wurde die Einführung von verpflichtenden Veranstaltungen (gegebenenfalls durch externe Pädagogen) in allen Schulformen vorgeschlagen. Es sollte ein übergreifendes Bewusstsein geschaffen werden, dass Engagement sich lohnt. Durch politische Bildung in und außerhalb der Schule wünschen sich die jungen Menschen, frühzeitig an Politik und Partizipation herangeführt zu werden. Europäische Jugendpolitik und die Ergebnisse von Beteiligung durch die Jugendlichen sollen sichtbarer gemacht werden. Eine bessere Kommunikation zwischen Jugend und Politik wird gefordert. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Wunsch nach mehr Ansprechpartnern mit größerer Bürgernähe und Erreichbarkeit geäußert. Ein direkter und ständiger Dialog soll möglich sein. Debatten auf lokaler Ebene sollten verstärkt betrieben werden und mehr Rückmeldungen auf die Forderungen von Jugendlichen durch die Politik stattfinden. Dabei sollte sich die wechselseitige Kommunikation durch Ernsthaftigkeit, Verbindlichkeit und Kontinuität auszeichnen.

Im Bereich **Mobilität** besteht ein hoher Bedarf an umfassenden Finanzierungsmöglichkeiten, die vor allem auch benachteiligten jungen Menschen den Zugang zu den bestehenden Mobilitätsprogrammen in allen Ausbildungsabschnitten erleichtert. An Schulen und anderen Bildungseinrichtungen soll ausführlich über entsprechende Programme informiert werden.

Um die **Gesundheit** junger Menschen in Europa zu garantieren, besteht der vermehrte Wunsch nach Aufklärung und Prävention im Hinblick auf Alkohol- und Drogenkonsum sowie im Bezug auf eine gesunde Ernährung. Dies soll durch ein vielfältiges und kostenfreies Sportangebot in und außerhalb des Schulunterrichts ergänzt werden.